

# Wirtschaft

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erkauft an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Exemplare des Blattes betragen in Deutschland und Ostpreußen 100 Mark, durch die Post bei jeder Zustellung monatlich 100,00, in den Ausgabestellen abgeholt 11,00 monatlich. Die abgabepflichtigen Reichs- und Provinzial-Verleger sind im Einzelnen: Halle 12,00, im ansonstigen Deutschen Reich 11,00. Ferner die Verleger-Zelle Halle 40,00 im Einzelnen und 100,00 im ansonstigen Deutschen Reich. Reichs- und Provinzial-Verleger: Halle 12,00, im ansonstigen Deutschen Reich 11,00. Ferner die Verleger-Zelle Halle 40,00 im Einzelnen und 100,00 im ansonstigen Deutschen Reich.

Verlags-Exemplare: Halle a. S., Neue Brunnstraße 16 und Große Deubenstraße 17. Verlags-Exemplare: Halle a. S., Neue Brunnstraße 16 und Große Deubenstraße 17. Verlags-Exemplare: Halle a. S., Neue Brunnstraße 16 und Große Deubenstraße 17. Verlags-Exemplare: Halle a. S., Neue Brunnstraße 16 und Große Deubenstraße 17.

# Die Suche nach dem neuen Kanzler.

Noch keine Lösung der Kabinettskrise / Verhandlungen mit Dr. Adenauer-Köln und Dr. Mayer-München? Das Zentrum geschlossen für Wirth / Zurückhaltung der Sozialdemokraten / Das englische Wahlergebnis.

## Die ungeläutete Lage.

Eine Erklärung des Zentrums

Berlin, 15. Nov. Die heutigen Bemühungen des Reichspräsidenten zur Berufung einer Persönlichkeit, die die Bildung des neuen Kabinetts übernehmen soll, scheinen nicht von Erfolg gewesen zu sein. Unter den vorgeschlagenen Namen, die für die Kandidatur genannt wurden, traten in den letzten Stunden immer bestimmter die des rheinischen Oberbürgermeisters Dr. Adenauer, der zur Zentrumspartei rechnet, und des Pariser Vorkämpfers Dr. Wirth, der der Wahrscheinlichen Volkspartei angehört, hervor. Gegen Abend erhielt sich hauptsächlich das Gerücht, daß diese beiden Persönlichkeiten auf Wunsch ihrer Fraktionen einen Ruf zur Bildung des Kabinetts abgelehnt hätten. Der Zentrumsführer Dr. Wirth hat heute vormittag dem Reichspräsidenten die bestimmte Erklärung abgegeben, daß das Zentrum sich an der Bildung des Kabinetts nicht beteiligen werde, es sei denn, daß der Reichsfinanzier Dr. Wirth das Kabinett neu bilden würde. Er hat dabei weiter ausdrücklich betont, daß nach Auffassung seiner Partei auch eine Persönlichkeit, die der Zentrumspartei angehört, nicht in Betracht kommen könne. Die Demarkationslinie, die die Deutsche Volkspartei gegen die Entzweiung abzeichnet, gegenüber und werden ihre jeweilige Haltung abhängig machen von der Persönlichkeit, die der Reichspräsident mit der Kabinettsbildung beauftragt wird. Abgesehen von einer Stellung der Zentrumspartei fanden heute Abend keine weiteren Beratungen statt, da ein großer Teil der Regierungsglieder und auch der führenden Parlamentarier an der Geburt Hauptmannsfeier teilnehmen. Morgen wird der Reichspräsident sich an weitere Persönlichkeiten wenden. Es verheißt, daß er die Namen dieser für in Betracht kommender Personen den Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt habe, diese aber durch Handbills zum Stillschweigen verpflichtet habe.

Das Zentrum ist heute Abend trotz noch Schluß der Verhandlung wieder zu einer Fraktionsitzung zusammengetreten. Wirth erklärte über den Gegenstand der Aussprache, daß er auch Dr. Wirth sich beteilige, nichts verlautet, so ist doch das eine sicher, daß eine Klärung der Situation hier nicht erfolgt ist, auch nicht erfolgen konnte. Das Zentrum hat durch seine heutige Erklärung, die in den Verhandlungen des Reichstages auf allen Seiten lebhaft diskutiert wurde, unabweisbar die Verantwortung von sich auf die Schulter der Sozialdemokraten abgewälzt. In führenden Zentrumskreisen ist man erstaunt darüber und findet es auffallend, daß die Sozialdemokraten noch keine weiteren Schritte unternommen haben, nachdem sie doch einmal durch ihre Handlungsweise den Rücktritt des Kabinetts Wirth herbeigeführt haben. In verschiedenen Kreisen der Sozialdemokratie wird übrigens die Auffassung vertreten, daß die heutige Erklärung des Zentrums auf den persönlichen Wunsch Dr. Wirths erfolgt sei. Von einer maßgebenden Stelle der Zentrumspartei wird uns dazu erklärt, daß diese Auffassung durchaus falsch sei. Dr. Wirth sei an dem Zustandekommen des genannten Beschlusses nicht unbeteteiligt, er sei vielmehr von der Persönlichkeiten geradezu überredet worden. Wie der politische Standpunkt entwirrt werden soll, ist heute noch vollkommen unübersehbar. Das Zentrum hat sich für beschleunigter erklärt und die Sozialdemokraten sind ebenfalls auch nicht gewillt, initiativ vorzugehen. Die Entscheidung liegt heute in den Händen der Reichstagsparteien, die an dem gegenwärtigen Stande nicht unmittelbar beteiligt sind, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten, ihm beihilflich zu sein, um einen Weg aus dem gegenwärtigen Dilemma zu finden.

## Die Haltung der einzelnen Parteien.

Ueber die Haltung der Deutschnationalen zur Regierungskrise bemerkt der „Tag“ in parlamentarischen Kreisen der Deutschnationalen, daß man sich in der Erklärung an die Öffentlichkeit geben könne. Die Stellung der Reichspartei zu dem genannten Mann hängt von dessen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie ab. Wenn sich die Sozialdemokraten gegen ihn, so wird die Deutschnationalen Partei nicht gegen ihn aussprechen. Die Bedeutung dieser Frage ist die Ausübung der Kabinettsbildung auf dem Reichstag, hieron wird es abhängen, ob die Deutschnationalen ihre Mitarbeit innerhalb oder außerhalb des Kabinetts dem neuen Kanzler zur Verfügung stellen. Man rechnet in den genannten Kreisen damit, daß das neue Kabinett nicht vor Montag gebildet sein wird. In seinen heutigen Blattartikel betonte der „Vorwärts“ die neue Regierungsbildung nicht möglich sein, die die Mehrheit der Bevölkerung für ein Programm der Reichstagsparteien genossen sein wird. Als dahin wird die Sozialdemokratie nicht den bürgerlichen Parteien, sondern über die arbeitenden Massen hinaus, wird sie keine Wirkung ausüben können, sondern nach dem Wort der gegebenen Worte Macht und Einfluß bei arbeitenden Massen auf die politische Politik geltend machen. Es kann sich aus gegenwärtigen Umständen nicht verlangen lassen, ohne die Möglichkeit, sie aus neuem zu bekräftigen und weitere zu erhalten. In diesem Sinne erwarten wir eine halbtägige Lösung der gegenwärtigen Regierungskrise. Von den bürgerlichen Parteien wird es abhängen, ob diese Krise ein Mittel zur innerparteilichen Reinigung und Klärung oder ihr Ende bedeuten soll.

Das Präsidium des Reichshöchstgerichts hat an die bürgerlichen Fraktionen eine Aufforderung gerichtet, in der es heißt: Der Beschluß der Fraktion der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen die Bildung der großen Koalition ist der deutliche Beweis dafür, daß die Politik der sozialdemokratischen Partei nicht auf die allgemeinen vaterländischen Ziele und auf die Erreichung eines faulsten politischen und wirtschaftlichen Fortschritts, sondern auf die Durchsetzung der egoistischen parteipolitischen Interessen gerichtet ist. Durch die gegenwärtige Regierung der letzten Tage ist die Schwäche einer nur parteipolitisch gestützten Regierung deutlich aufgezeigt worden. Es tritt deshalb an alle Fraktionen des Reichstages die Aufgabe heran, endlich dem deutschen Volk jene von parteipolitischen Interessen freie Regierung von Männern zu geben, die auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen und ihrer besonderen Sachkenntnis zur Führung der Regierungsgeschäfte berufen sind. Die Zentrumspartei hat in der Erklärung, die sie abgegeben hat, die Deutschen Volkspartei daran angelehnt, welche nach der vorangegangenen gemeinsamen politischen Arbeit auch die mögliche Zusammenarbeit wäre. Das Zentrum ist einmütig der Auffassung, daß durch die feststehende innerparteiliche Einigkeit der Zentrumspartei keinerlei Zweifel aufkommen können bei der Neubildung eines Kabinetts. Die Zentrumspartei hat für sich und auch für die übrigen Fraktionen der Zentrumspartei der Politik des Kabinetts Wirth und dem Reichspräsidenten keine Verantwortung übernommen. Daran hat sich nichts geändert, vielmehr hat die letzte außerordentliche Tagung der Regierung Wirth, vor allem die Note an die Reparationskommission die volle Zustimmung der ganzen Zentrumspartei gefunden.

## Der geheimnisvolle Kandidat.

Berlin, 16. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die Kabinettskrise ist heute in ihr entscheidendsten Stadium getreten. Reichspräsident Ebert, der bisher nur mit den Reichsführern und dem Reichstagspräsidenten über die Frage der Kanzlerwahl verhandelt, empfing heute eine Persönlichkeit, die er mit der Neu- oder Umbildung des Reichskabinetts zu betrauen die Absicht hat. Der Reichstagspräsident hat erst heute vormittag in Berlin eingetroffen und kann vorläufig nur als eine politisch neutrale Persönlichkeit bezeichnet werden.

## Das Ausland zur Regierungskrise.

Paris, 16. November. (Eig. Drahtmeldung.) Es ist auffallend, daß weder der „Temps“ noch das „Journal“ den Rücktritt des Kabinetts Wirth besprochen haben. Die „Liberte“ dagegen schreibt, daß das Verschwinden des Kanzlers keine große Bedeutung habe. Die Frage, von wem er ersetzt werde, sei dagegen von Wichtigkeit. In der Zwischenzeit habe Deutschland überhaupt keine Regierung mehr gehabt. Deutschland habe jetzt wieder eine feste Regierung nötig, um der fortgeschrittenen Zerlegung des Staates Einhalt zu gebieten. Frankreich müsse der Entzweiung Deutschlands sehr genau zusehen und sich nicht von der Orientfrage ablenken lassen. Der „Antiquaire“ fordert von England, das gegenwärtig in der Orientfrage ein Einverständnis mit Frankreich nicht, ein Einverständnis habe Deutschland überhaupt kein Recht an Rhein. Dazu sei der Ministerwechsel in Deutschland der günstigste Zeitpunkt. Man dürfe sich aber nicht täuschen lassen. Ein Deutschland von Hugo Stinnes werde ebenso wenig wie ein Deutschland des Kanzlers Wirth bestehen wollen.

Paris, 15. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die Demission des Kabinetts Wirth ist für die Schweizer Öffentlichkeit inoffiziell gekommen, als man erwartet hatte. Die „Volksrecht“ erklären, daß ohne eine feste Persönlichkeit das Ziel einer Vereinigung der drei Mittelparteien zur Rettung des Reiches nicht zu verwirklichen sei. Eine Synthesierung der Deutschen Volkspartei zur Regierung sei aber doppelt erwünscht im gegenwärtigen Augenblick, wo die Reparationsfrage eine Reifeleistung erfordere, die sich auf weltliche Vollstreckung hinaus ließe. Ohne die Deutsche Volkspartei sei aber eine solche Sache nicht denkbar. Ein Volk in Not muß zusammenhalten, wenn es leben will. In ähnlichem Sinne äußert sich auch die „Neue Zürcher Zeitung“.

## Englisch-französisches Einvernehmen.

Paris, 15. November. Der englische Vorkämpfer Lord Harbidge wurde heute mittag von Boincare empfangen, der mit ihm die englische Demission über die Beteiligung der Orientreise eingehend besprach. Lord Harbidge legte Boincare die verschiedenen Fragen vor, über die mit den Kabinetten von Paris und Rom vor dem Zusammentritt der Balkanstaaten Konferenzen ein Einverständnis gesucht werden soll. Wie wir erfahren, ist Boincare bereit, die englische Demission in einem Punkt anzuerkennen, nämlich in dem, daß zwischen England und Frankreich nicht die in Rom eine zunehmende Haltung ein volles Einvernehmen zustande kommen würde. Boincare hat Lord Curzon noch einmal ein, am Sonntag nach Paris zu kommen. Nach gemeinsamen Frühstück würden dann die beiden Staatsmänner nach London abreisen. Lord Curzon ist heute, von Lord Sel und mehreren Mitgliedern seiner Abordnung begleitet, in Paris eingetroffen. Es heißt jetzt, daß er seinen Aufenthalt in der französischen Hauptstadt auf zwei bis drei Tage ausdehnen wolle. Der „Antiquaire“ läßt sich des weiteren aus London melden, Lord Curzon habe eine Einladung erhalten, nach der englischen Hauptstadt zu kommen und habe die Einladung nicht angenommen.

Die Erklärung des Reichsfinanzministers, um die des Reichs-Justizministers im Benehmen mit den übrigen beteiligten Parteien ist längerer Zeit bemüht war, wird die Wählung des Reichstages am 16. November befristigen. Es ist mit einer nachfolgenden Sitzung der Untersuchungsausschüsse für Ermordung, insbesondere für Familienangelegenheiten, im vorausichtlich befristet am 20. November in Kraft treten wird.

## Cincinnati.

Dr. Wirths Lebenslauf.

Nach bleibt es ungenügend, ob der Politiker und bisherige Reichsfinanzminister Wirth vor dem Ende oder an einem Wendezeit seiner Laufbahn steht. Aber die Stunde ist gekommen, seine Laufbahn rückwärtig zu überdenken und gewisse Legenden zu zerstreuen, die sich in die zeitgenössische Chronik eingeschrieben haben. So erzählt z. B. eine boshafte Mähr, Dr. Wirth sei feinerzeit ohnungslos in die Politik hineingekollert. Als wohlhabender Waisenkindler am Reichstag zum Reichspräsidenten zu Freiburg i. B. habe er gerade sein Nachmittagsgeschloß gehalten, als die Arbeiter der Zentrumspartei erschienen, um ihn zum Parteitagsgeschehen eines Ländlichen Wahlkreises zu machen. „Aber ich verheißte ja nichts von der Kandidatur“, soll er entsetzt eingemendet haben. „Um so besser“, die Antwort gewesen. Die Sage verheißt sich ganz anders. Der am 6. September 1879 geborene Maschinenmeistersohn Joseph Wirth machte schon 1908 als Oberlehrer in der Politik durch seine rednerische Vorträge beim Zentrum rasch Karriere. Seit 1912 gehörte er dem Stadtparlamentarium in Freiburg an. Im folgenden Jahre war er Mitglied im Eisenrath. Dr. Wirth war neben dem Kandidaten seiner Partei für die entscheidende Kaiserwahl am 1. März 1918 der entscheidende Kandidat für die Reichspräsidentenwahl. Er trat als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl am 1. März 1918 auf. Er trat als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl am 1. März 1918 auf. Er trat als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl am 1. März 1918 auf.

Der Erfolg der weiteren Wahlen Wirths im ganzen Reich war, daß das Mandat für seine Partei zurückgegeben wurde. Nach Jahresfrist gelangte der Parteivorsitzende Dr. Wirth auch in den alten Reichstag. Auch der Weimarer Nationalversammlung gehörte er an. Nebenbei ist erwähnt, daß er den Kreis monatlich als einziger Kandidat mitnahmte. Da er der kundenreichsten Mittelklasse als Amtsinhaber verdächtig war, wurde er (ebenso wie Herzog) unter politischer Verwahrung gestellt. Wirth eine große Ansehensperson aus der neueren Zeit, die die Reichspräsidentenwahl gewonnen hat, man hat auf der Jagd nach einem neuen Finanzminister. Der ganze Reichstag wurde abgelehnt. Ganz oben unten. Das in einem Abgeordnetenhaus fand man Dr. Wirth händelarmig in einem Geschäft. Er wurde gewählt. (Man beachte die boshafte Gleichzeitigkeit mit der eingangs erzählten Geschichte.) Wirth, sich die Augen reibend: „Was, Finanzminister soll ich werden? Davon verheißte ich ja nichts.“ — „Um so besser, lieber Freund!“ — Diese lieben Freunde, die den Dr. Wirth wie einst Cincinnati vom Fluge weggeholt haben wollen, damit er das Vaterland rette, mußten natürlich ganz genau, daß Wirth damals schon 14 Jahre lang, nämlich seit der Revolution, Finanzminister in Baden gewesen war. Und deshalb ist auch diese Geschichte, wie Dr. Wirth in die hohe Politik kam, überflüssig zurückzuführen. Wirth war nie der Typ des schäufelarmen Lehrens, den man aus politischen Glatteten zerren mußte. Er litt nie an Reben- oder Wirtsthematik. Er übte auch nicht englische Zurückhaltung. Er ist im Gegenteil stets kühn und unbedarftiger agiert. Infolge dieser Eigenschaften hätte er sich schon frühzeitig vom politischen Kampfe abgezogen. Von reiste der Kampf an sich, der die heimliche Beschl der Tage. Und obwohl sein Kampftrieb stets nach Baden hinein gelenkt war, hat man ihm oft mit der bittersten Romantik erwidert. „Ein mittelmäßiger Schulmeister“, ein leistungsfähiger Dilettant und Oberflächennormer“, „Aha! um die Kunst der Straße“, „Schändlicher Passiv als Nationalist“, „Berater der Reichsregierung“, „Reichsrunderber“ — das ist für eine Wirtsthematik aus dem Mehlisbüchlein seiner Gegner. Keiner allerdings hat es gewagt, ihm wie feinerzeit Erbsberger, „Gegenspielt“, vorzumischen. Ueber allen Zweifel erhaben ist Dr. Wirths private Tugend. Als schon einmal die Rede davon war, daß bald der Wirtsthematik von Reichstagspräsidenten erscheinen werde, sagte Wirth: „Ich bin Junggeselle und beziehe nur einen Koffer, einen Koffer und einen Koffer.“ Alles fand in einer Drostei zum Badenoffen gebracht werden.“ Das ist die volle Wahrheit! Kein und am verlogene Cincinnati-Wirth sein Amt.

Die Erklärung des Reichsfinanzministers, um die des Reichs-Justizministers im Benehmen mit den übrigen beteiligten Parteien ist längerer Zeit bemüht war, wird die Wählung des Reichstages am 16. November befristigen. Es ist mit einer nachfolgenden Sitzung der Untersuchungsausschüsse für Ermordung, insbesondere für Familienangelegenheiten, im vorausichtlich befristet am 20. November in Kraft treten wird.

